

Digitalisierung des Gesundheits- wesens

Ergebnisse einer repräsentativen
Bevölkerungsbefragung

Oktober 2023

Inhalt

- | | |
|-----------------------------|----------|
| 1. Untersuchungsansatz | Seite 3 |
| 2. Management Summary | Seite 5 |
| 3. Ergebnisse der Befragung | Seite 8 |
| 4. Statistik | Seite 13 |
| 5. Kontakt und Impressum | Seite 15 |

1. Untersuchungsansatz

Untersuchungsansatz

Inhalt der Studie: Die Befragung „Digitalisierung des Gesundheitswesens“ untersucht, welche Einstellung die Menschen in Deutschland zur Nutzung von Daten und zu geplanten Digitalisierungsmaßnahmen im Gesundheitssystem haben.

Untersuchungsdesign: Bundesweite Online-Befragung

Stichprobe: N = 1.000 Menschen in Deutschland ab 18 Jahren, repräsentativ nach Alter, Geschlecht und Bundesland

Befragungszeitraum: September 2023

2. Management Summary

Management Summary

Überwiegend großes Vertrauen in Datenschutz bei gesetzlichen Krankenkassen

Im Hinblick auf den vertraulichen Umgang mit ihren persönlichen Daten haben die Menschen in Deutschland das größte Vertrauen in Apotheken und Ärzt*innen. Direkt danach folgen gesetzliche Krankenkassen, in die 76 Prozent diesbezüglich ein sehr oder eher großes Vertrauen haben. Im Vergleich zu 2017 ist das Vertrauen in gesetzliche Krankenkassen gewachsen. Privaten Krankenversicherungen vertrauen 65 Prozent. Das geringste Vertrauen genießen App-Anbieter und Social-Media-Plattformen (S. 9).

Bedingt positive Einstellung zur elektronischen Patientenakte

Jeweils mehr als acht von zehn Menschen in Deutschland möchten allein bestimmen können, wer auf die Daten ihrer elektronischen Patientenakte (ePA) zugreifen kann, sehen diese aber auch als einen wichtigen Schritt für die Digitalisierung des Gesundheitswesens an. Gut drei Viertel sind der Meinung, dass die Nutzung freiwillig bleiben sollte. Knapp vier von zehn Befragten haben vor, von ihrem Widerspruchsrecht (Opt-Out) Gebrauch zu machen, wenn die ePA verpflichtend wird (S. 10).

Management Summary

Mehrheit sieht Vorteile in der Nutzung anonymisierter Gesundheitsdaten

Gut die Hälfte der Menschen in Deutschland stimmt zu, dass das Gesundheitssystem effizienter arbeiten und Kosten einsparen würde, wenn Krankenkassen anonymisierte Gesundheitsdaten auswerten und für die Beratung nutzen würden. Fast ebenso viele – und deutlich mehr als in 2017 – sind der Meinung, dass es dadurch leichter wäre, an Informationen zu Leistungserbringer*innen heranzukommen. Nur noch 15 Prozent sehen keine Vorteile in der umfassenderen Datennutzung (S. 11).

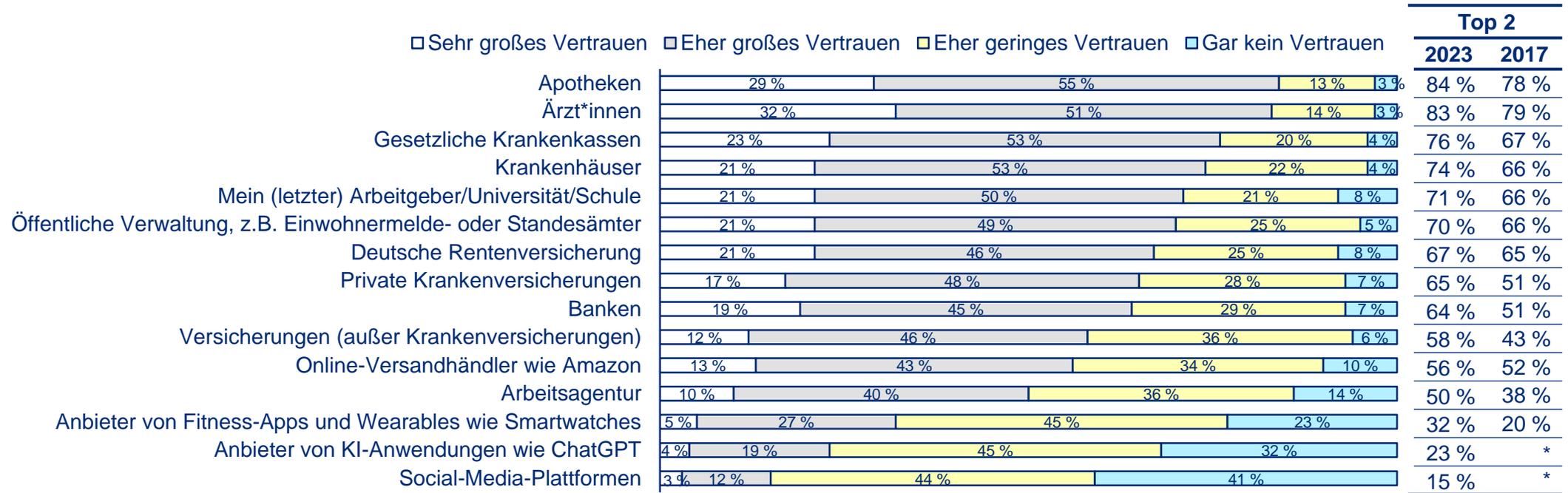
Zwei Drittel sind gegenüber datenbasierten Empfehlungen aufgeschlossen

Insgesamt wären 67 Prozent der Menschen in Deutschland damit einverstanden, wenn ihre Krankenkasse ihre personenbezogenen Daten für eine gesundheitliche Beratung auswerten und nutzen würde. Damit ist die Zustimmung im Vergleich zu 2017 fast unverändert geblieben. Knapp drei von zehn Befragten möchten allerdings nicht, dass die Krankenkasse sie von sich aus anspricht. Ein Drittel der Menschen in Deutschland steht einer solchen Datennutzung ablehnend gegenüber (S. 12).

3. Ergebnisse der Studie

Das größte Vertrauen genießen Apotheken und Ärzt*innen, das geringste App-Anbieter und Social-Media-Plattformen.

Vertrauen in Institutionen im Hinblick auf Umgang mit persönlichen Daten



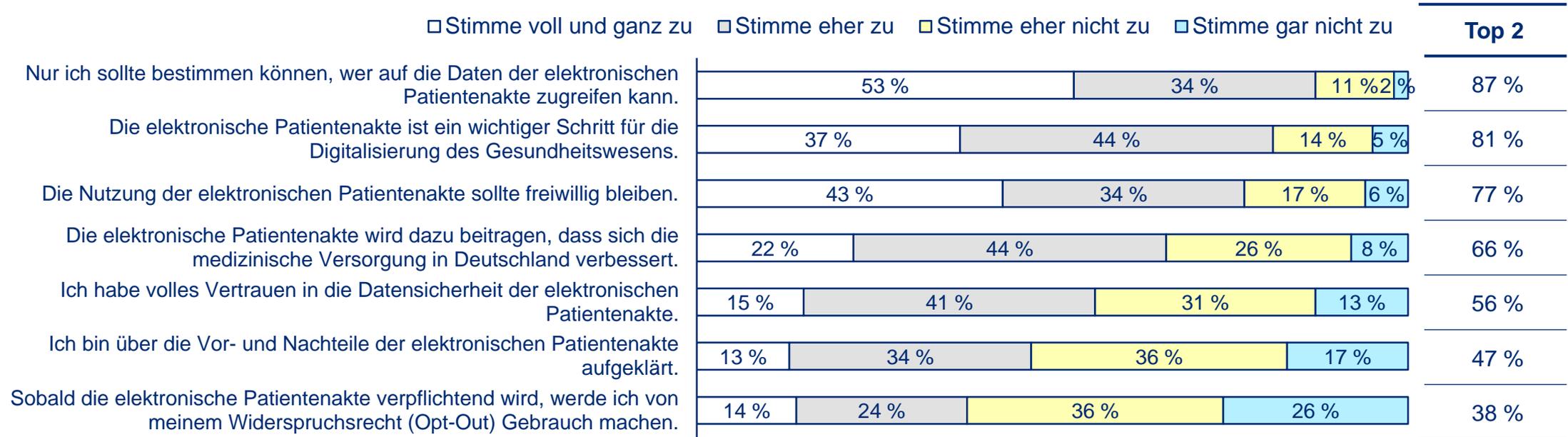
Frage 1: Wie viel Vertrauen haben Sie in die folgenden Institutionen im Hinblick auf den vertraulichen Umgang mit über Sie gespeicherten Daten und die Einhaltung von Datenschutzvorschriften?

Basis: Alle Befragten, N = 1.000 (Skalierte Abfrage, sortiert nach Top 2)

* Nicht abgefragt

Die große Mehrheit möchte allein bestimmen, wer auf die Daten ihrer elektronischen Patientenakte zugreifen kann.

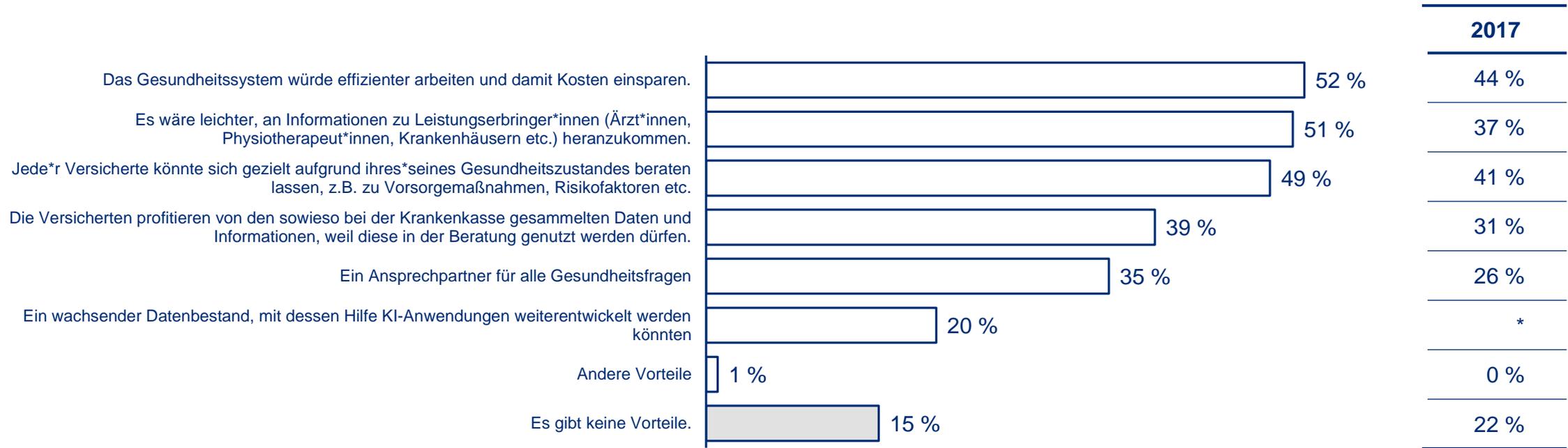
Einstellung zur ePA und geplanten Opt-Out-Lösung



Frage 2: Im Zusammenhang mit der Digitalisierung des Gesundheitswesens spielt die elektronische Patientenakte (kurz „ePA“) eine entscheidende Rolle. In der ePA können medizinische Befunde und Informationen aus vorhergehenden Untersuchungen digital gespeichert werden. Auch die Notfalldaten sollen künftig hinterlegt werden und die ePA könnte den Zugang zu E-Rezepten erleichtern. Die ePA kann von den Patient*innen selbstständig verwaltet werden. Krankenkassen haben keinerlei Zugriff auf die dort gesicherten Daten und können dort auch keine Informationen abspeichern. Seit 2021 können gesetzlich Versicherte die ePA bei ihrer Krankenkasse beantragen. Davon wurde bisher wenig Gebrauch gemacht. Ab 2025 sollen Krankenkassen verpflichtet werden, ihren Versicherten die ePA zur Verfügung zu stellen. Wer die ePA nicht nutzen möchte, muss dem aktiv widersprechen (Opt-Out). Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen bezüglich der ePA und der geplanten Opt-Out-Lösung zu?
 Basis: Alle Befragten, N = 1.000 (Skalierte Abfrage, sortiert nach Top 2)

Ein Vorteil der umfassenderen Datennutzung durch Kassen wird vor allem in Effizienz und Kostenersparnis gesehen.

Vorteile der Nutzung anonymisierter Gesundheitsdaten durch Krankenkassen



Frage 3: Bei den Krankenkassen laufen fast alle Informationen aus dem Gesundheitswesen zusammen: Diagnosen über Krankheiten ihrer Versicherten, Informationen zu Leistungserbringern wie Ärzten, Apothekern oder Anbietern von Hilfs- und Heilmitteln und ihre jeweiligen Leistungen. Krankenkassen könnten diese Daten anonymisiert auswerten und für die Beratung ihrer Versicherten zum Zwecke des Gesundheitsschutzes nutzen.

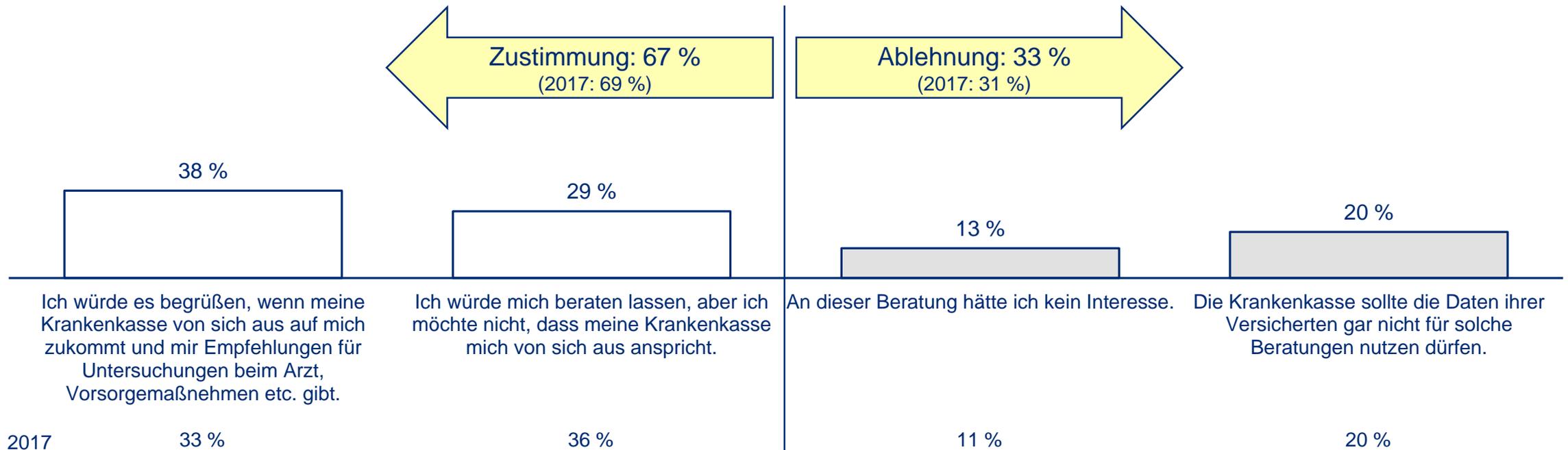
Welche Vorteile hätte es aus Ihrer Sicht, wenn die Krankenkassen diese Daten unter Beachtung der Datenschutzvorgaben nutzen dürften?

Basis: Alle Befragten, N = 1.000 (Mehrfachnennungen)

* Nicht abgefragt

Zwei Drittel der Menschen in Deutschland sind gegenüber datenbasierten Empfehlungen aufgeschlossen.

Einstellung zur Nutzung persönlicher Daten für Beratung durch Krankenkasse



Frage 4: Wie würden Sie dazu stehen, wenn Ihre Krankenkasse Ihre personenbezogenen Daten für eine persönliche Beratung zum Zwecke des Gesundheitsschutzes auswerten und verwenden würde? Bitte wählen Sie die am ehesten zutreffende Aussage.

Basis: Alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

4. Statistik

Statistik

Geschlecht

Männlich	49 %
Weiblich	51 %
Divers	–

Alter

18–29 Jahre	16 %
30–39 Jahre	16 %
40–49 Jahre	14 %
50–59 Jahre	19 %
60 Jahre oder älter	35 %

Krankenversicherung

Gesetzlich	73 %
Gesetzlich mit privater Zusatzversicherung	16 %
Privat	11 %

Höchster Bildungsabschluss

Kein allgemeiner Schulabschluss	1 %
Volks-/Hauptschule / ESA	13 %
Mittlere Reife / MSA oder gleichwertiger Abschluss	36 %
Fachhochschulreife / Abitur	25 %
Abgeschlossenes Studium	24 %
Keine Angabe	1 %

Haushaltsgröße

1 Person	29 %
2 Personen	40 %
3 Personen	17 %
4 Personen	10 %
5 Personen oder mehr	4 %

Kinder unter 18 Jahren im Haushalt

Ja	24 %
Nein	76 %

Bundesland

Baden-Württemberg	13 %
Bayern	16 %
Berlin	4 %
Brandenburg	3 %
Bremen	1 %
Hamburg	2 %
Hessen	7 %
Mecklenburg-Vorpommern	2 %
Niedersachsen	10 %
Nordrhein-Westfalen	21 %
Rheinland-Pfalz	5 %
Saarland	1 %
Sachsen	5 %
Sachsen-Anhalt	3 %
Schleswig-Holstein	4 %
Thüringen	3 %

Basis: Alle Befragten, N = 1.000 (Einfachnennung)

5. Kontakt und Impressum

Kontakt und Impressum

• Kontakt

Nina Remor

Unternehmenskommunikation
Postanschrift
67058 Ludwigshafen

Hausanschrift
Horst-Henning-Platz 1
51373 Leverkusen

Fon: 0214 32296 2305
Fax: 0214 32296 8305
presse@pronovabkk.de
www.pronovabkk.de

• Impressum

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Pronova BKK.

Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischer Form.

Eine Weitergabe an Dritte ist nicht gestattet.